

BUND-Wahlprüfsteine 2017

Der BUND stellt Fragen an die Bergsträßer Bundestagskandidaten

Am 10. August 2017 hat der BUND Bergstraße (mit Frist zum 25. August) zu mehreren Umweltthemen Fragen an die Bergsträßer Kandidaten für den Bundestag gestellt:

- Mehr Klimaschutz
- Naturnahe Land- und Forstwirtschaft
- Schutz vor riskanten Stoffen
- Erhaltung der Biodiversität
- Faire Wirtschafts- und Handelspolitik

Die Fragen sind so gestellt, dass ein "Ja" der Position des BUND entspricht.

Die Kandidaten wurden gebeten, die Fragen mit "Ja" , "Nein"  oder "Enthaltung"  zu beantworten¹. Darüber hinaus konnten die Kandidaten ergänzende Kommentare abgeben.

Die Antworten der Bundestagskandidaten

Folgende Kandidaten haben dem BUND bis Ende August geantwortet:

- Dr. Michael Meister (CDU)
- Christine Lambrecht (SPD); sie hat am 8. September geantwortet, die Antworten wurden nachträglich in dieses Dokument eingefügt.
- Moritz Müller (Grüne)
- Sascha Bahl (Linke)
- Sebastian Bucher (Bürgerkandidat)
- Martin Polivka (P wie Polivka)

Keine Antwort haben wir erhalten von:

- Till Mannsmann (FDP); auch auf Nachfragen gab es keine Rückmeldung.
- Rolf Kahnt (AfD) ; auch auf Nachfragen gab es keine Rückmeldung.

Die Antworten der Kandidaten und ihre Kommentare sind im Folgenden vollständig wiedergegeben. Martin Polivkas Antwort hat sich der Kategorisierung entzogen und ist am Ende eingefügt.

Herr Dr. Meister und Frau Lambrecht haben die Fragen nicht mit Ja/Nein/Enthaltung beantwortet; daher hat der BUND diese Bewertung vorgenommen.

Der BUND hat außerdem eine detaillierte Bewertung der Parteiprogramme vorgenommen. Näheres finden Sie auf unter bund-bergstrasse.de, Rubrik Bundestagswahl 2017.

Mehr Klimaschutz

Setzen Sie sich dafür ein, dass erneuerbare Energien schneller und naturverträglich ausgebaut werden, damit der Ausstieg aus Kohle und Atomkraft schneller umgesetzt werden kann?

CDU



¹ Der Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien ist in dieser Legislaturperiode erheblich vorangekommen. Wir bekennen uns zu dem 2011 und zuletzt im Koalitionsvertrag 2013 festgelegten Ausbaupfad für erneuerbare Energien und wollen diesen umsetzen.

SPD



Um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen wir unsere Energieversorgung nahezu vollständig auf erneuerbare Energien umstellen. Daher halten wir daran fest, den Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Ausbau des Übertragungsnetzes zu synchronisieren. Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche Versorgung gesichert bleiben. Das sind für uns drei gleichrangige Ziele der Energiewende. Erneuerbare Energien aus Windkraft (Off- und Onshore) und Sonnenenergie sind langfristig die kostengünstigste Form der Energieerzeugung. Sie machen uns unabhängig von Öl, Erdgas und Uran aus Konfliktregionen. Sie tragen zur lokalen Wertschöpfung bei und zu einem fairen Energiemarkt.

Daher wollen wir den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch von heute 30 Prozent auf bis zu 45 Prozent bis 2025 steigern. Bis 2050 wollen wir weitestgehend Treibhausgasneutralität, d.h. den nahezu vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien erreichen. Dafür werden wir die Erneuerbaren stärker in den Wärme- und Verkehrssektor tragen und die Energieeffizienz weiter erhöhen. Wir wollen Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen. Öffentliche Gebäude und den öffentlichen Nahverkehr werden wir zu Vorbildern des energieeffizienten Verbrauchs entwickeln.

An dem gesetzlich festgelegten Datum des Atomausstiegs halten wir fest. 2022 geht das letzte Atomkraftwerk in Deutschland vom Netz. Eine weitere Nutzung von Atomkraft ist unverantwortlich und eine Laufzeitverlängerung für die SPD indiskutabel. Der Ausstieg aus der Kohle hängt neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien von Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit ab. Wir werden die Kohleverstromung deshalb Schritt für Schritt reduzieren.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Wir Grüne wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voranbringen, und zwar in allen Sektoren. Windkraft schließen wir dabei nicht kategorisch aus, wobei wir naturschutzrechtliche und landschaftliche Belange angemessen berücksichtigen werden. In den nächsten vier Jahren werden wir im Falle einer Regierungsbeteiligung die 22 dreckigsten Kohlekraftwerke sofort vom Netz nehmen und bis 2030 komplett ersetzen. Mit uns wird es keine Rückkehr zur Atomkraft geben.

DIE LINKE.



- / -



Der Ausstieg aus Kohle und Atom muss schnell(er) gehen. Auch für die, die nicht an einen durch den Menschen erzeugten Klimawandel glauben, sollte zumindest gelten, dass Luftqualität verbessert und unseren Nachkommen kein weiterer radioaktiver Ballast hinterlassen werden sollte. Gefühlt besteht ein gesellschaftlicher Konsens darüber, der zu überprüfen wäre. Mein Einsatz dafür wäre sicher.

¹ Dr. Michael Meister hat es grundsätzlich abgelehnt, die Fragen mit Ja oder Nein zu beantworten; daher hat der BUND alle seiner Antworten selbst bewertet.

Setzen Sie sich dafür ein, dass für Stromerzeugung durch Bürger bzw. mit ihrer Beteiligung faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden?

CDU



Für die lokalen Bürgerenergieprojekte wurden im Rahmen der EEG-Novellen eine Reihe von Fördermöglichkeiten geschaffen. Der Erfolg dieser Maßnahmen zeigt sich u. a. daran, dass in der ersten Ausschreibungsrunde für Wind-Onshore-Projekte überwiegend Bürgerenergiegesellschaften zum Zuge kamen.

Auch für Bürgerenergieprojekte gilt im Übrigen, dass der Ausbau im Interesse einer Verringerung der Kostenbelastung von Verbrauchern möglichst effizient und marktbasierend erfolgen muss, und dass eine schnelle und umfassende Marktintegration der erneuerbaren Energien erforderlich ist.



Daran arbeiten wir im Zusammenhang mit der Prüfung alternativer Finanzierungsmodelle.

Wir wollen, dass alle Menschen an der Rendite der Energiewende teilhaben. Deswegen sind Mieterstrommodelle für uns so wichtig. Mieterinnen und Mieter sollen von der Einspeisung regenerativer Energien und einer eigenen Stromerzeugung finanziell profitieren. Wir werden Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer weiterhin dabei unterstützen, ihre Häuser und Gebäude auf wirtschaftliche Weise energetisch zu sanieren und mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Wir werden gleichzeitig darauf achten, dass Wohnen für Mieterinnen und Mieter bezahlbar bleibt.

Sinkende Börsenstrompreise und Einkaufspreise der Gasversorger müssen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommen. Wir wollen alternative Finanzierungsmodelle der Energiewende prüfen. Wir werden Bürger-Energiegenossenschaften fördern. Kommunen sollen ihre Netzinfrastruktur rekommunalisieren können, wenn sichergestellt ist, dass der Netzbetrieb sicher und effizient erbracht werden kann.



Die Energiewende unter Einsatz regenerativer Energien gelingt nur, wenn wir alle an diesem Prozess teilhaben lassen.

DIE LINKE.



- / -



Eine dezentrale Stromversorgung halte ich für dringend geboten. Dezentralität führt zu weniger Konzentration von Macht und Vermögen bei Wenigen und stärkerer Selbstbestimmung der teilweise selbstversorgenden Bürger. Ich halte zusätzlich eine deutlich bessere Verknüpfung der Energieerzeugung, Energiespeicherung und des Verkehrswesens für elementar, um die Problemstellung der sogenannten Dunkelflauten zu entschärfen (V2G, Smart Grid, Flexible Strompreissetzung in Abhängigkeit von Angebots- oder Nachfrageüberhang, etc.). Der Möglichkeitsraum ist groß, er muss nur genutzt werden.

Naturnahe Land- und Forstwirtschaft

Unterstützen Sie eine artgerechte Tierhaltung mit Weidegang, die z. B. das Kupieren von Schnäbeln und Schwänzen und den präventiven Einsatz von Antibiotika überflüssig macht und die eine Überdüngung ausschließt?

CDU



Wir als Union stehen für eine bodengebundene Tierhaltung. Das heißt, dass das Verhältnis von Tieren und Fläche in einer Region stimmen muss, um Umweltprobleme möglichst zu vermeiden. Für uns ist der Tierschutz ein wichtiges Anliegen, denn Tiere sind unsere Mitgeschöpfe. So ist etwa die Beendigung der nicht-kurativen Eingriffe ein wichtiger Bestandteil der Initiative „Eine Frage der Haltung – Neue Wege für mehr Tierwohl“ des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft.

Zum Ausstieg aus dem Schnabelkupieren bei Legehennen konnte bereits eine freiwillige Vereinbarung mit der Geflügelwirtschaft getroffen werden. In Bezug auf das Schwänzekupieren bei Ferkeln wurden und werden erhebliche Forschungsmittel investiert; die vorliegenden Ergebnisse werden im Rahmen von Modell- und Demonstrationsvorhaben in Praxisbetrieben umgesetzt.

SPD



Damit diese Art von Landwirtschaft wieder attraktiv wird, wollen wir bis Ende 2026 schrittweise aus dem bisherigen System der Direktzahlungen aussteigen. Die neue Agrarförderung soll sich an der Stärkung der ländlichen Räume, der Sicherung der Bewirtschaftung in benachteiligten Gebieten, der Nachhaltigkeit der Produktionsmethoden, der Förderung von Innovationen in der Ernährungs- und Landwirtschaft und der Absicherung der beruflichen Perspektive für die in diesen Sektoren arbeitenden Menschen orientieren.

Wir unterstützen Betriebe, die eine artgerechte Tierhaltung betreiben und wollen eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung. Dafür werden wir ein staatliches Tierschutzlabel auf Grundlage der Kriterien des Deutschen Tierschutzbundes einführen. Der Gedanke des Tierschutzes soll fest in Aus-, Fort- und Weiterbildung verankert werden. Prüf- und Zulassungsverfahren für Stallhaltungssysteme, Tierschutzindikatoren sowie bessere Haltungs- und Transportbedingungen sollen zu mehr Tierschutz beitragen.

Wir wollen eine nationale und europäische Nutztierstrategie erarbeiten und ein modernes Tierschutzgesetz schaffen, das die Würde und das Wohlergehen der Tiere schützt. Eingriffe an Tieren aus rein wirtschaftlichen Gründen wie das Schnabelkürzen, das Kupieren von Schwänzen oder den Schenkelbrand bei Pferden werden wir verbieten. Der Arzneimitteleinsatz, insbesondere Antibiotika, in der Tierhaltung muss auf das notwendige Maß reduziert werden.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Gerade weil die große Koalition im Bereich Tier- und Verbraucherschutz keinerlei Fortschritte erzielt hat, sehen wir Grüne es als vordringliches Ziel, die Versäumnisse der letzten Jahre nachzuholen.

Unsere Nutztiere müssen so gehalten werden, dass sich die Rahmenbedingungen am Tierwohl orientieren und nicht umgekehrt. Dazu gehört selbstverständlich eine Haltung auf der Weide und das Verbot des Kupierens.

DIE LINKE.



- / -



Massentierhaltung mit all ihren Folgen dient meiner Meinung nach einzig und allein der günstigen Fleischerzeugung. Das Wohl des Tieres steht auf der Agenda üblicherweise weit unten, wenn überhaupt. Auch hier gibt es offensichtlich einen gesellschaftlichen Konsens, jedoch liegen Meinung der Verbraucher und deren Einkaufsverhalten immer noch weit auseinander. Daher halte ich nicht nur eine politische Unterstützung einer artgerechten Tierhaltung für wichtig, sondern auch eine Verbesserung der Verbraucherinformationen z. B. auf Verpackungen und in Restaurants.

Aufklärung statt Manipulation durch Marketing.

Unterstützen Sie, dass es EU-Geld ganz überwiegend nur noch für konkrete öffentliche Leistungen in den Bereichen Umwelt, Natur- und Artenschutz, Klima und Tierschutz gibt?

CDU



Uns ist wichtig, dass die Tierhaltung in der Hand bäuerlicher Familienbetriebe bleibt, eine anonyme, industrialisierte Agrarproduktion lehnen wir ab. Wir treten nach 2020 für die Fortführung der Direktzahlungen ein und werden dabei insbesondere aktive Landwirte, Junglandwirte und kleinere und mittlere Betriebe besonders fördern. Das Zwei-Säulen-Prinzip der GAP hat sich bewährt mit den Direktzahlungen in der ersten Säule und der Förderung von Agrarumweltmaßnahmen und der Entwicklung des ländlichen Raums in der zweiten Säule. Durch eine Nutztierhaltungsstrategie werden wir das Tierwohl noch stärker berücksichtigen. Dazu gehört auch die Einführung eines neuen staatlichen Tierwohllabels. Dieses kann dazu beitragen, das Tierwohl zu erhöhen und die Marktchancen der betreffenden Betriebe zu verbessern.



Die Landwirtschaft erhält mehr als jeder andere Wirtschaftsbereich Unterstützung aus Steuermitteln. Wir wollen, dass der Grundsatz „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“ gilt. Zu den öffentlichen Leistungen gehört die Ernährungssicherheit genauso wie der Schutz der Natur, der Umwelt, des Klimas und des Tierwohls. Bis zum Jahr 2020 werden die europäischen Agrarfördermittel auf zwei Wegen ausgezahlt: einerseits pauschale Zahlungen, deren Höhe sich nur an der bewirtschafteten Fläche orientiert. Und andererseits Gelder, die gezielt in die Entwicklung ländlicher Räume fließen, also unter anderem auch in Klimaschutz, Naturschutz, Tierschutz und Stallbauten. Wir werden uns für einen schrittweisen Ausstieg aus den pauschalen Subventionen bis 2026 einsetzen.



- / -

DIE LINKE.



- / -



Meiner Meinung nach sollten Subventionen und Fördergelder (nicht nur mit Bezug auf EU-Gelder) überwiegend bei Umweltorientierung bzw. Gemeinwohlorientierung des Empfängers vergeben werden. Ein breiter gesellschaftlicher Konsens über Maßnahmenkataloge könnte in basisdemokratischen Prozessen erarbeitet werden.

Sind Sie für die Unterstützung von Betrieben und Organisationen, die sich um die Erhaltung der Saatgut- und Nutztier-Vielfalt kümmern?

CDU



Siehe vorherige Frage.



Für die Erhaltung seltener Nutztierassen gibt es bereits eine Förderung. Eine materielle Unterstützung der von Betrieben und Organisationen, die sich um den Erhalt der Saatgutvielfalt kümmern, ist aber nur möglich, wenn dafür wettbewerbsrechtlich unbedenkliche Lösungen gefunden werden.



- / -

DIE LINKE.



- / -



Siehe vorherige Frage.

Sind Sie dafür, dass möglichst viele Forste sich nach dem FSC-Standard zertifizieren lassen und sich damit zu einer (unabhängig von der Landesforstverwaltung) kontrollierten naturnahen, nachhaltigen Wirtschaftsweise bekennen?

CDU



Wälder haben eine herausragende Bedeutung für die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und für die Bewahrung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt. Unverzichtbare Voraussetzungen zur Eindämmung der anhaltenden Zerstörung und Degradierung von Wäldern weltweit sind eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und legaler Holzeinschlag. Um ein Signal für die große Bedeutung einer im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips umweltgerechten, sozialverträglichen und wirtschaftlich tragfähigen Bewirtschaftung der Wälder zu setzen, unterstützt die unionsgeführte Bundesregierung die Zertifizierung nachhaltig bewirtschafteter Wälder und wird bei ihren Beschaffungsmaßnahmen auch künftig nur Holz aus zertifizierten Beständen nutzen.



Wir begrüßen es sehr, wenn sich Waldbesitzer nach dem FSC Standard zertifizieren lassen. Denn der FSC Standard folgt strengen Sozial- und Umweltkriterien.



- / -

DIE LINKE.













- / -













Ja, prinzipiell. Allerdings sollte neben der Zertifizierung auch eine bessere Aufklärung über Zertifikate erfolgen. Der Zertifizierungsdschungel ist für Verbraucher (und hier nehme ich mich nicht heraus) zu komplex in Bezug auf Zertifizierer und Kriterienkataloge.

Schutz vor riskanten Stoffen

Unterstützen Sie ein Verbot von für Mensch und Natur gefährlichen Pestiziden wie Glyphosat und Neonikotinoide?

-   Wir stehen für die Zulassung auf der Grundlage wissenschaftlicher Fakten. Gesundheits-, Umwelt- und Bienenschutz müssen gewährleistet sein.
-   Die Zulassung von Neonicotinoiden für den Einsatz im Freiland lehnen wir ab; auch Glyphosat halten wir bei dem aktuellen Verhandlungsstand für nicht zulassungsfähig.
-   - / -
-   - / -
-   Schutz vor potentiellen Schäden für Mensch und Umwelt muss im Zweifel immer vor den Schutz von finanziellen (Investitions-) Interessen gestellt werden. Es darf zu keiner Externalisierung von Umweltkosten kommen.

Unterstützen Sie eine Kennzeichnungspflicht von gentechnisch veränderten Futtermitteln und Lebensmitteln?

-   Wir setzen uns dafür ein, dass auf EU-Ebene eine verpflichtende und vollumfängliche Prozesskennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln verbindlich geregelt wird. Heute müssen nur Lebensmittel gekennzeichnet werden, wenn sie einen gentechnisch veränderten Organismus enthalten, aber nicht, wenn im Herstellungsprozess Gentechnik beteiligt war. Die geltenden Kennzeichnungsvorschriften entsprechen nicht den Prinzipien von Klarheit und Wahrheit. Nach Einschätzung der Wissenschaft kommen rund 80 Prozent unserer verarbeiteten Lebensmittel im Herstellungsprozess mit Gentechnik in Berührung. Im Supermarktregal finden sich aber praktisch keine Erzeugnisse, auf denen dies kenntlich gemacht wird. Wir wollen, dass die Verbraucher hier eine ehrliche Information erhalten.
-   Tierische Produkte, die auf Fütterung mit gentechnisch veränderten Pflanzen beruhen, müssen europaweit verpflichtend gekennzeichnet werden. Wir wollen Markttransparenz und Wahlfreiheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie haben ein Recht darauf zu wissen, für welche Produkte gentechnisch veränderte Pflanzen zum Einsatz kamen. Dafür müssen gentechnisch veränderte Futter- und Lebensmittel gekennzeichnet sein. Dafür brauchen wir aber auch eine Kennzeichnungspflicht für Milch, Fleisch und Eier, die von Tieren stammen, die mit GVO-Pflanzen gefüttert wurden. Erst dann können die Verbraucherinnen und Verbraucher wirklich wählen.
-   Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher liegt uns am Herzen. Wir wollen sie durch Information und Transparenz unterstützen.
-   - / -
-   Der Konsument MUSS über JEDLICHEN (auch peripheren) Einsatz von Gentechnik im Herstellungsprozess eines Lebensmittels aufgeklärt werden – auf der Verpackung und im Verkaufsraum statt nur im Internet. Der viel beschworene mündige Bürger kann nur dann mündige Konsum-Entscheidungen treffen, wenn er transparent informiert wird.

Unterstützen Sie eine am Vorsorgeprinzip orientierte Regulierung von hormonell wirksamen Stoffen und eine EU-weite Übernahme des in Frankreich geltenden Verbots von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen?

CDU



Bei der Zulassung und Bewertung von Stoffen treten wir für ein fakten- und wissenschaftsbasiertes Verfahren ein. Wir unterstützen deshalb die Position der EFSA und des BfR, die sich für eine Absenkung der maximalen täglichen Aufnahmemenge einsetzen und begrüßen den neuen Vorschlag der Kommission, der zusätzlich auch weitere Verschärfungen für bestimmten Materialien vorsieht, die für Säuglinge und Kleinkinder verwendet werden.



Wir halten am Vorsorgeprinzip fest und werden uns einer Aufweichung dieses Prinzips entgegenstellen und gegen alle Versuche kämpfen, dieses Prinzip aufzuweichen. Wir unterstützen ein EU-weites Verbot von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen, wie es in Frankreich bereits existiert. Die Bisphenol A-Funde in Konservendosen, die bei Untersuchungen des BUND im August offenbar wurden, sind beunruhigend. Daraus müssen dringend Konsequenzen gezogen werden.



- / -

DIE LINKE.



- / -



Wie beim Verbot von Pestiziden: Der Schutz vor Schäden für Mensch und Umwelt muss im Vordergrund stehen. Insbesondere dort, wo Langzeitfolgen nicht abzuschätzen sind. Finger weg von solchen Stoffen.

Erhaltung der Biodiversität

Sind Sie dafür, dass zwei Prozent der Landfläche zu Wildnisgebieten und zehn Prozent der Waldfläche zu Naturwäldern werden?

CDU



Mit uns bleibt es bei dem im Rahmen der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung festgelegten Ziel, fünf Prozent der Waldfläche der natürlichen Waldentwicklung zu überlassen. Der wissenschaftliche Beirat für Waldpolitik des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hat durch Auswertung der dritten Bundeswaldinventur einstimmig festgestellt, dass der Wald in Deutschland in einem guten Zustand ist. Die Waldfläche nimmt zu und die biologische Vielfalt entwickelt sich positiv. Wir stehen für den Einklang von Naturschutz und Holzwirtschaft.



Wir stehen zur Umsetzung der Ziele der Nationalen Strategie der biologischen Vielfalt, einschließlich des „Wildnisziels“ und des „Naturwaldziels“.

Die Maßnahmen aus der Naturschutz-Offensive 2020 müssen umgesetzt werden. Gemeinsam mit den Bundesländern werden wir das nationale Ziel von zwei Prozent großflächiger Wildnisgebiete in Deutschland vorantreiben. Außerdem werden wir das Bundesprogramm Blaues Band zur Renaturierung von Flüssen und Auen umsetzen. Weitere naturschutzrelevante und ehemals militärisch genutzte Liegenschaften werden wir für den Naturschutz und künftige Generationen sichern. Wir werden zudem eine Moorschutzstrategie erarbeiten und umsetzen.

Den Anteil der Flächen mit natürlicher Waldentwicklung wollen wir auf fünf Prozent der Gesamtwaldfläche beispielsweise zehn Prozent der öffentlichen Waldfläche erhöhen. Die Jagd soll zeitgemäß und naturnah sein. In unseren nationalen Gewässern werden wir Fischerei und andere Nutzungen naturschutzgerecht regeln. Gleichzeitig unterstützen wir die Fischerei dabei, nur noch umweltgerechte Fangmethoden einzusetzen. Der Überfischung unserer Meere werden wir durch eine Umsetzung der wissenschaftlichen Fangmengenvorgaben entgegenwirken.



Wir wollen außerdem in Hessen, dem walddreichsten Bundesland, weitere Nationalparks einrichten.

DIE LINKE.



- / -



Die Forderung teile ich qualitativ. Quantitativ kann ich es nicht beurteilen: Ob das Ziel bei 2% und 10% der Flächen liegen müsste, oder andere Zielmarken vorgesehen werden sollten, könnte aber in einer breit angelegten gesellschaftlichen Konsensbildung ermittelt werden. Beispielsweise in einer bundesweiten Volksabstimmung, die uns Bürgern weiterhin verwehrt wird.

Unterstützen Sie eine Landwirtschaft, die Artenvielfalt nach dem Muster des ökologischen Anbauverbandes Biopark ermöglicht?

CDU



Wir als Union wollen eine umweltfreundliche Landwirtschaft. Da die Agrarpolitik Einfluss auf die Lebensbedingungen und das Vorkommen vieler Tier- und Pflanzenarten hat, berücksichtigen wir bei politischen Entscheidungen den Schutz der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft. Wir unterstützen das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft darin, ein nationales Monitoring der biologischen Vielfalt für Ernährung und Landwirtschaft aufzubauen, welches die Auswirkungen von Politikmaßnahmen differenziert abbildet und damit eine verbesserte Entscheidungsgrundlage für künftige Lösungsansätze bietet. Wir sehen mit der Einführung des „Greening“ der Direktzahlungen im Rahmen der GAP zusammen mit weiteren Maßnahmen der zweiten Säule den richtigen Weg, die biologische Vielfalt zu fördern. Dabei treten wir für Vereinfachungen ein, damit alle Möglichkeiten, wie Feldrand-, Puffer- und Waldrandstreifen, bessere Akzeptanz finden. Unser Ziel ist, dass der bäuerliche Natur- und Artenschutz als zusätzliche Einkommensquelle für die Land- und Forstwirtschaft an Bedeutung gewinnt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Agrarumweltmaßnahmen der GAP in Zukunft für die Landwirte noch attraktiver gestaltet werden. Wir setzen in erster Linie auf Freiwilligkeit und Kooperation mit den Landwirten. Deshalb stärken wir den Vertragsnaturschutz, fördern den Ökolandbau und unterstützen Projekte wie F.R.A.N.Z. – für mehr Biodiversität in der Agrarlandschaft.

SPD



Wir wollen eine Landwirtschaft, die auf Umwelt- und Naturschutz, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher und das Wohl der Tiere ausgerichtet ist. Die Landwirtschaft – im Haupt- und Nebenerwerb – soll den Beschäftigten gerechte Arbeitsbedingungen und eine faire Entlohnung sichern. Viele landwirtschaftliche Betriebe sind in ihrer Existenz bedroht und brauchen eine neue wirtschaftliche Perspektive. Denn immer mehr bäuerliche Betriebe verlieren den Wettbewerb gegen industrielle Anlagen. Wir wollen die Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungs- und Vermarktungskette ihrer Produkte stärken. Regionalvermarktungsinitiativen sollen Unterstützung erfahren, unter anderem durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung. Dadurch verbleibt ein größerer Anteil der Wertschöpfung in der Region. Ein fairer Preis für Lebensmittel trägt dazu bei, die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe dauerhaft zu sichern.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Betriebe ihre Produktion an dem Leitbild der Nachhaltigkeit und den Verbraucherinteressen ausrichten. Die ökologische Landwirtschaft ist derzeit die nachhaltigste Form der Landwirtschaft. Um die Nachfrage nach Lebensmitteln zu bedienen, sind die konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleichermaßen notwendig.

Die SPD bekennt sich deshalb zu beiden Produktionsformen. Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger werden wir auf das unbedingt notwendige Maß reduzieren und das Bundesbodenschutzgesetz novellieren. Weiterhin setzen wir uns für gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel ein. Wir werden sicherstellen, dass auch bei den sogenannten neuen Gentechnikverfahren das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit gewährleistet sind und damit erzeugte Pflanzen und Tiere nicht unreguliert in den Markt gelangen.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



- / -

DIE LINKE.



- / -



Der Ansatz ist sehr vernünftig, weil er den Schutz der Artenvielfalt über den wirtschaftlichen Erfolg stellt. Sicherlich werden die Preise für auf diese Weise hergestellte Produkte höher sein als für Produkte aus Massentierhaltung. Hier muss der Staat eingreifen und auch Menschen mit niedrigen Einkommen den Bezug ermöglichen (Stichworte Steuergerechtigkeit, Gerechtigkeit in der Sozialversicherung etc.).

Faire Wirtschafts- und Handelspolitik

Sind Sie dafür, dass umweltschädliche Subventionen gestrichen werden (z.B. Vergünstigungen für Dieselkraftstoffe, Dienstwagen und Flugverkehr)?



Eine generelle steuerliche Förderung für Dieselkraftstoff ist nicht gegeben. Zwar unterliegt Dieselkraftstoff gegenüber Benzin einem geringeren Energiesteuersatz, diesem stehen aber höhere Steuersätze für Pkw mit Dieselmotoren bei der Kraftfahrzeugsteuer gegenüber. Nach der Intention des Gesetzgebers handelt es sich dabei um einen pauschalen Belastungsausgleich für den energiesteuerlichen Vorteil. Auch die EU-Richtlinie 2003/96/EG zur Harmonisierung der Energiebesteuerung (Energiesteuerrichtlinie) sieht geringere Mindeststeuersätze für Dieselkraftstoff vor. Bei der Dienstwagenbesteuerung und den hierzu einschlägigen Abschreibungsregelungen handelt es sich nicht um Privilegien, sondern um allgemein anerkannte Besteuerungsgrundsätze. Die Abschreibung zeichnet lediglich – genauso wie bei anderen Wirtschaftsgütern – den jährlichen Wertverlust des Firmenvermögens nach. Die Besteuerung von Dienst- und Firmenwagen ist auch keine Subvention, sondern folgt ertragsteuerlichen Grundsätzen. Die Besteuerung von Kerosin macht nur im internationalen Kontext Sinn. Es muss vermieden werden, dass deutsche Airlines im internationalen Wettbewerb allein belastet werden, während ausländische Fluggesellschaften weiterhin in den Genuss dieser Vergünstigungen durch ihre Nationalstaaten kommen. Wir befürworten die Einbindung des Flugverkehrs in ein offenes, globales Anreizsystem zur Reduzierung der CO₂-Emissionen.



Wir sind generell für die Streichung umweltschädlicher Subventionen, allerdings sind entsprechende Maßnahmen aufgrund ihrer Folgewirkungen im Gesamtkontext zu sehen und aufeinander abzustimmen.

Zu einer klimafreundlichen Ausgestaltung unseres Finanz- und Steuerrahmens gehört auch der weitere Abbau umweltschädlicher Subventionen. Umweltschädliche Subventionen belasten öffentliche Haushalte doppelt: Heute durch Mehrausgaben oder Mindereinnahmen des Staates und künftig durch erhöhte Kosten für die Beseitigung von Schäden an Umwelt und Gesundheit. Wir setzen uns deshalb für die Überprüfung umweltschädlicher und wettbewerbsverzerrender Subventionen ein.

In Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaschutzabkommen werden wir deshalb den Klimaschutzplan 2050 weiterentwickeln. Dort gelang unter sozialdemokratischer Führung erstmalig der Entwurf einer Konkretisierung der Treibhausgasminderung in Deutschland bis 2030 und 2050, der es erlaubt, den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit funktionierenden Innovationen und geschlossenen Wertschöpfungsketten mit den Klimazielen zu verbinden. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird den Dialog mit den Unternehmen, den Gewerkschaften und den Beschäftigten in den betroffenen Sektoren führen. Denn wir wissen, dass sich soziale, ökonomische und ökologische Fragen nicht einzeln, sondern nur unter Berücksichtigung der wechselseitigen Abhängigkeiten erfolgreich beantworten lassen. Im Rahmen dessen setzen wir auf Technologieneutralität und Innovationsoffenheit. Die Ergebnisse dieses Dialoges werden wir im Rahmen eines nationalen Klimaschutzgesetzes umsetzen. Dazu gehört auch die Überprüfung umweltschädlicher und wettbewerbsverzerrender Subventionen.

BUND-Wahlprüfsteine 2017: Antworten der Kandidaten



Wir Grüne wollen sogar umweltschädliche Tätigkeiten besteuern und umweltverträgliche Handlungsweise (steuerlich) fördern. Mit einer CO2-Steuer, der Förderung von Dienstfahrrädern und der Streichung von Subventionen für Diesel, Dienstwagen und Flugverkehr kommen wir dem nach.

DIE LINKE.



Ich fahre selbst einen Dienstwagen, finde die Finanzierung durch steuerliche Subventionen jedoch unfair. Nicht zuletzt, weil die meisten SUV's gleichzeitig Dienstwagen sind und die Umwelt im hohen Maße schädigen (ich fahre keinen SUV).



Siehe Schutz von Pestiziden: Subventionen für erheblich umweltschädigende Industrien und Produkte sollten gestrichen werden. Weiterhin: Umweltaspekte sollten stärker in die Preissetzung einfließen, d.h. statt ein bestimmtes Konsumverhalten zu verbieten, sollte der Staat die Relativpreise von umweltschädlichen Produkten durch höhere (Umwelt-) Steuern verteuern. So erfolgt eine Internalisierung der Umweltkosten bei den Verursachern (dem Hersteller und dem Konsumenten), statt diese Kosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen.

Lehnen Sie Handelsverträge ab, die eine Investitionsschutz-Paralleljustiz für internationale Konzerne errichten (TTIP, CETA...)?

CDU



Wir bekennen uns zur internationalen und multilateralen Zusammenarbeit zwischen Ländern und Regionen. Deutschland ist eine Exportnation, die von offenen Märkten und internationalen Lieferbeziehungen besonders profitiert. Wir werden die transatlantischen Beziehungen wieder intensivieren. Die USA sind und bleiben der wichtigste außereuropäische Partner, auch im Bereich von Handel und Wirtschaft, weil uns mit den Nordamerikanern am meisten gemeinsame Werte - gerade auch im Hinblick auf hohe Standards - verbinden. Wir wollen das zwischen der EU und Kanada abgeschlossenen Freihandelsabkommen CETA mit Leben erfüllen und wir streben weiterhin ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA an. Gegen unfaire Handelspraktiken werden wir uns schützen.

SPD



In einer immer stärker vernetzten Welt gewinnt Handel zunehmend an Bedeutung. Er eröffnet durch die Erschließung neuer Märkte neue Wachstumschancen für die europäische Wirtschaft und neue Möglichkeiten für Verbraucherinnen und Verbraucher. Hierbei müssen aber klare Standards gelten, die durch Handelsabkommen zu vereinbaren sind. Wir wollen nicht irgendein Abkommen, sondern gute Abkommen, die neben wirtschaftlichen Wachstumschancen auch unsere hohen Sozial- und Umweltstandards sichern, Arbeitnehmerrechte und kommunale Daseinsvorsorge wahrt und die Gestaltungshoheit der Politik sichert.

Die Verhandlungen mit den USA über ein Transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) zeigen, dass ein Abschluss nach diesen Maßgaben nicht erreichbar ist. Hingegen ist es in intensiven Verhandlungen mit der neuen kanadischen Regierung gelungen, im Abkommen zwischen EU und Kanada (CETA) zukunftsweisende Regeln für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, der öffentlichen Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsgerichtshof zu vereinbaren. Private Schiedsgerichte sind damit ausgeschlossen. Dies muss auch für alle künftigen Handelsabkommen der EU gelten. Zusätzlich wurden Standards bei Arbeitnehmer- und Verbraucherrechten sowie beim Umweltschutz angehoben. Und wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, etwa die kommunale Wasserversorgung wurden geschützt. CETA dürfte damit beispielgebend sein für künftige internationale Abkommen.



Wir Grünen lehnen Freihandelsabkommen nicht per se ab, sprechen uns jedoch für eine transparente und solidarische Neuverhandlung aus, die keine Schattenjustiz zulässt.

DIE LINKE.



- / -



Die Initiative der Bürgerkandidaten hat sich aus einer Verfassungsklage gegen das Investitionsschutz-Abkommen CETA heraus gebildet. Ich halte diese neuartigen Abkommen (CETA, TTIP, JEFTA, TiSA, etc) für Demokratie-gefährdend: 1) Regulatorische Kooperation: dazu empfehle ich jedem, sich das Kapitel 21 „Regulierungszusammenarbeit“ des CETA-Vertrages anzuschauen. Regulierung muss vom Souverän ausgehen und nicht von einer bilateralen, trilateralen oder multilateralen Zusammenkunft von Interessengruppen verschiedener Nationen. 2) Schiedsgerichte (CETA, Kapitel 8): Schiedsgerichte im Allgemeinen und Schiedsgerichtshöfe (wie in CETA festgeschrieben) erlauben der Unternehmensseite eine einseitige Klagemöglichkeit gegen ihr unliebsame Veränderungen in der Regulierung zum Schutze ihrer Investitionen. In diesen sogenannten Freihandelsabkommen wird also die Investitionsseite als das zu schützende Gut dargestellt. Zwar sollen dadurch Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards nicht reduziert werden, aber alleine die Priorisierung in den genannten Verträgen auf den Investitionsschutz ist in meinen Augen grundlegend falsch: Fortschrittliche Handelsverträge müssen eine globale Stärkung von Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards als Ziel haben, dem sich andere (wirtschaftliche) Ziele unterordnen sollten. Handel muss neu gedacht werden – er hat entgegen der Ricardo'schen Handelstheorie zu viele Verlierer – sowohl innerhalb der Vertrags-Staaten und insbesondere in den Staaten des globalen Südens, die nicht einbezogen werden. CETA, TTIP und Co priorisieren falsch und daher meines Erachtens nach in Gänze abzulehnen.

Befürworten Sie Maßnahmen zur Ressourcenschonung und Förderung der Kreislaufwirtschaft (z.B. längere Garantiezeiten für Produkte, reparaturfreundlichere Geräte, Verpflichtung zur Zurücknahme defekter Geräte zum Recycling, nationale Gesetze zum reparaturfreundlichen und recyclinggerechten Produktdesign)?

CDU



Ressourcenschonung ist eine zentrale umwelt- und wirtschaftspolitische Herausforderung, gerade für ein hochindustrialisiertes Land wie Deutschland. Dieses politische Leitbild hat dazu beigetragen, dass sich die Recyclingbranche zu einem dynamischen und innovativen Wirtschaftsbereich entwickelt hat. Recyclingtechnologien „Made in Germany“ sind heute weltweit gefragt und technologisch führend. Dazu hat auch die stetige Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens in Deutschland geführt. Für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland bleibt das Schließen von Stoffkreisläufen im Zentrum der umwelt- aber gerade auch der wirtschaftspolitischen Tagesordnung. Wettbewerbliche Lösungen bieten die beste Gewähr für qualitativ hochwertige und für den Bürger und die Wirtschaft günstige Entsorgungslösungen. Die anspruchsvollen abfallpolitischen Vorgaben und der Wettbewerb sind die Treiber für Deutschlands weltweite Vorreiterrolle bei der Kreislaufwirtschaft und als international führender Anbieter von Entsorgungstechnologien. Dieses erfolgreiche System muss angesichts der wachsenden globalen Nachfrage nach Rohstoffen ausgebaut werden.



Seit Jahren setzen wir uns konsequent für die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft und für die Verringerung des Ressourcen- und Materialverbrauchs zum Schutz von Umwelt und Klima ein. Dies ist angesichts endlicher natürlicher Rohstoffe, zunehmend erschwerter Abbaubedingungen, handelsverzerrender Ressourcenpolitiken sowie absehbarer Preis- und Verteilungskonflikte unabdingbar. Das wollen wir fortsetzen!

Aktuelle Konsumgewohnheiten und moderne Technologien führen zu immer mehr und neuartigen Abfällen. Wir müssen als Gesellschaft mehr dieser Abfälle vermeiden, mehr Wertstoffe im Kreislauf führen und mehr Abfallarten besser stofflich verwerten. Abfallvermeidung hat dabei höchste Priorität! Hierfür müssen wir nachhaltige Strategien verfolgen. Wir fordern ein Umdenken weg von der Wegwerfkultur hin zur Stärkung von nachhaltigen Systemen, wie Leasing- und Leihsystemen.

Künftig gilt es, Mehrweg-, Rücknahme- oder Pfandsysteme zu stärken. Wir brauchen innovative Ideen für Wiederverwendung. Hersteller sollen angehalten werden, ressourcenschonende, langlebige, reparier- und recycelbare Produkte zu schaffen. Hierzu können finanzielle Anreize ebenso beitragen wie Recyclinglabels. Das Recyclinglabel kann für die Hersteller einen Wettbewerbsvorteil bringen.

Wir plädieren dafür, dass Verbraucherinnen und Verbraucher Informationen über die Lebensdauer, die Lieferbarkeit von Ersatzteilen, Reparaturmöglichkeiten beim Kauf von Produkten erhalten und über die ökologischen Vorteile von langlebigen Produkten informiert werden. Wir wollen, dass bei der Anwendung der Ökodesign-Richtlinie neben der Betrachtung des Energieverbrauchs auch der Ressourcenverbrauch stärker berücksichtigt wird und der Anwendungsbereich schrittweise auf weitere Produktgruppen neben den energieverbrauchsrelevanten erweitert wird.



Diese Forderung entspricht genau unserer Vorstellung und findet daher unsere Zustimmung.

DIE LINKE.



Mit Strafzöllen von importierten Gütern, die solch eine Regelung in der EU unterlaufen würden.



Interessante Konzepte wie cradle2cradle-Produktkreisläufe und die von Ihnen genannten Vorschläge sind möglich und nicht zwingend teurer als herkömmliche Produktionsweisen. Die Ideen wachsen – aber zu langsam. Auch hier bedarf es einer deutlich besseren Produkt- und Verbraucherinformation statt eines Life-Style-orientierten Marketings, das uns Konsumenten suggeriert, was wir alles haben müssten.

Antwort Martin Polivka

Martin Polivka hat in seiner Antwort teilweise Bezug auf die Fragen des BUND genommen, teilweise erläutert er Sachverhalte, die der BUND weder thematisiert noch befürwortet. Aus Sicht des BUND sind manche Aussagen Polivkas allzu vereinfacht oder gehen von fachlich falschen Voraussetzungen aus. Dennoch sind die Aussagen durchaus gehaltvoll und zeigen eine auch im Sinn des BUND positive Grundhaltung zu Natur und Umwelt.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich teile einzelne Ihrer Anliegen, aber ich teile Ihre Sprache und Ihre Herangehensweise nicht. Deshalb bitte ich, meine Antworten nicht Ihrer Kategorisierung zu unterwerfen.

Ich setze mich für eine bezahlbare und möglichst einfache Speicherung und Umwandlung von überschüssiger regenerativer Energie (Wärme wie Strom) ein.

Ich setze mich für den Rückbau von Förderungen ein, die zum Export von deutschem regenerativem „Billigstrom“ führen, der zum Beispiel die Wasserkraft in der Schweiz gefährdet.

Ich gehe wirtschaftlich und haushalterisch mit Energie, Kraft und Produkten um, teile aber nicht die Annahme, dass dieses Anliegen auf den Verordnungsweg gehört, um mit immer zwingenderen Verordnungen und mehr kostenpflichtigem Verwaltungsaufwand durchgesetzt zu werden.

Ich erlebe deutsche Landwirtschaft schon jetzt als überreguliert und überfordert von urbanen Ansprüchen und stehe auf der Seite der überschaubaren Betriebe, die das Handtuch noch nicht geworfen haben.

Ich sehe die Streuobstwiesen, die dem Vorrang der Mistel „geopfert“ worden sind, und ich sehe die Weiden, die über den angestrebten Wolfspopulationen nicht mehr beweidet werden.

Ich teile die Anspruchshaltung einer „heilen wilden Welt“ nicht.

Ich setze mich dafür ein, dass kleine und mittlere Betriebe nicht durch erzwungene Zertifizierung und Vereinheitlichung vernichtet werden.

Freundlich grüßt

Martin Polivka,

Schlierbach Lindenfels, den 30. August 2017